

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1999)

Heft: 2: Privat? : Fachtagung Privatisierung von Elektrizitätswerken : Chancen und Risiken

Artikel: "Industrielle Werke Basel sind ein Juwel"

Autor: Schneider, Barbara

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586426>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Barbara Schneider, Regierungsrätin Basel-Stadt: "Die SES steckt Ziele, zeigt Perspektiven und weckt Hoffnungen."

"Industrielle Werke Basel sind ein Juwel"

Der Kanton Basel-Stadt muss sich gemäss Verfassung mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen den Bau neuer Atomkraftwerke einsetzen. Laut Barbara Schneider, Regierungsrätin des Kantons Basel-Stadt, verschaffte dies den Industriellen Werken Basel den Spielraum für einen wegweisenden Ökobonus. Wäre dieser Ökobonus auch nach einer Privatisierung noch möglich? Baudirektorin Schneider gibt darauf im folgenden, gekürzten Referat eine kompetente Antwort.

Strom ist ein zu wichtiges Gut, als dass wir es den Elektrizitätswerken allein überlassen dürften. Schliesslich war es die Stromwirtschaft, welche uns vor Jahren mit einer aufwendigen Werbekampagne beigebracht hat: «Strom ist das ganze Leben». So hiess die Schlagzeile in Werbespots, auf Plakaten und in Inseraten. Nach der Startphase wurde dieser Slogan zwar modifiziert, weil er selbst den Absendern zu radikal erschien. Er lautete dann: «Strom für das ganze Leben». Auch das ist ein starker Spruch, und an ihm wollen wir uns orientieren. Ich freue mich speziell, an einer Fachtagung der SES über die Chancen und Risiken der Privatisierung von Elektrizitätswerken sprechen zu

dürfen. Denn für Energiefragen ist die SES die Organisation gegen das Vergessen. Sie erinnert uns stets von neuem an Harrisburg und Tschernobyl, an die Verheerungen des Uranbergbaus, an das ungelöste Atom-müllproblem und an die Tatsache, dass Bereitstellung von Energie unsere Lebensgrundlagen heute und in Zukunft gefährden kann.

Regierungsrat dankt SES

Aber die SES malt nicht nur Schwarz, sie steckt auch Ziele, zeigt Perspektiven auf und weckt dadurch Hoffnungen. Besonders in Zeiten, da sich die Politik anderen Themen zuwendet, mahnt die SES stets an, die

Alternativen zu Erdöl, Gas und Atom zu fördern und die Energieeffizienz sowie den sparsamen Umgang mit Energie nicht aus den Augen zu verlieren. Diese Beharrlichkeit ist nicht immer populär und zuweilen fliessen weder Anerkennung noch Spendengelder in Hülle und Fülle. Umso mehr sind wir der SES zu Dank verpflichtet.

Natürlich spreche ich meinen Dank auch im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt aus, denn wie Sie wahrscheinlich wissen, steht in unserer Kantonsverfassung seit über 20 Jahren, dass wir uns mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen den Bau neuer Atomkraftwerke wenden wollen. Dieser Paragraph geht auf die Annahme einer Initiative zurück, welche nach der Besetzung des Atomkraftwerk-Geländes in Kaiseraugst zur Abstimmung kam. Er macht uns sozusagen zu einem natürlichen Verbündeten der SES. Und Basel-Stadt ist mit dieser Politik sehr gut gefahren.

Der Verzicht auf das direkte finanzielle Engagement im Atomsektor ver-

schaffte den Industriellen Werken Basel (IWB), unserem kantonalen Energie- und Wasserversorgungsunternehmen, den Spielraum für die Verwirklichung eines kleinen, aber wegweisenden Ökobonus: Anstatt die Stromtarife zu senken, zahlen die IWB ab diesem Jahr allen Haushalten und Unternehmungen eine Art Atomverzichts-Dividende: Die StromkonsumentInnen bekommen einen Teil der Überschüsse, welche die IWB erwirtschaften, in bar ausbezahlt. Private erhalten Haushalts- und Kopfpriämien, die Unternehmen bis zu einer bestimmten Grösse ein halbes AHV-Prozent zurückerstattet.

Ökobonus nicht mehr möglich

Wäre ein solcher Ökobonus auch möglich, wenn die Industriellen Werke Basel privatisiert wären? Ich glaube nein. In einem liberalisierten Umfeld müssten sie sich dem Diktat des Marktes beugen und die Preise senken, sonst wäre sie bald nicht mehr konkurrenzfähig. Die niederschmetternde Logik würde also lauten: Was gut ist für die IWB, ist schlecht für die Umwelt. Daraus leite ich die wichtigste Bedingung für eine Privatisierung ab: Sie darf nicht die Ökologisierung der Energieversorgung behindern, sondern sie muss umgekehrt eine umweltgerechte Energieversorgung fördern und ermöglichen.

Wir könnten durchaus in einem Kanton wie Basel-Stadt gegen den Strom schwimmen und aufgrund des Netzmonopols der IWB die Elektrizitätsversorgung auf lange Sicht weiter staatlich kontrollieren. Damit würden wir aber möglicherweise die Konkurrenzfähigkeit unserer Klein- und Mittelbetriebe aufs Spiel setzen, denn es könnte gut sein, dass sie aufgrund des Versorgungs-Monopols eines Tages deutlich höhere Preise zahlen müssten als in anderen Regionen und Städten. Die grossen Bezüger, also zum Beispiel Novartis oder Roche, kaufen schon heute Strom auf dem freien Markt ein, oder sie produzieren ihn gleich selbst.

Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, dass die Strommarktöffnung kommt, ob wir wollen oder nicht. Und die Strommarktöffnung zieht bis zu einem gewissen Mass die Privatisierung nach sich. Hier können wir das Timing und die Bedingungen stärker selber bestimmen.

Zunächst einmal ist mir der Gedanke sympathisch, den Akteuren der Wirt-

schaft und damit auch der Elektrizitätswirtschaft die Verantwortung für ihr Handeln zu übertragen. Erstaunlicherweise sind es ja die Sozialdemokraten, die schon seit über 20 Jahren fordern, den Produktions- und Versorgungsmonopolen der Elektrizitätswirtschaft ein Ende zu setzen; und es waren die grossen bürgerlichen Parteien, auf deren Fahnen «Mehr Freiheit weniger Staat» steht, die sich diesem Anliegen widersetzen.

Die IWB sind ein Juwel, zu dem wir Sorge tragen wollen. Generationen von BaslerInnen haben dieses Unternehmen aufgebaut, haben es gepflegt, haben auch Abschreiber für Fehlinvestitionen mitgetragen und sind von der IWB mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser reichlich, günstig und prompt versorgt worden. Die IWB

Sechs wichtige Ziele

Entscheidend sind die Ziele, welche wir mit der Privatisierung verfolgen. Für die einzelnen Kraftwerke und Elektrizitätsgesellschaften könnten diese etwa wie folgt lauten:

1. Sie müssen Versorgungssicherheit gewährleisten. Ich stelle das bewusst voran, weil diese Forderung in der Vergangenheit stets als Vorwand für den Bau neuer Kraftwerke diente, bis wir die heutigen Überkapazitäten hatten.
2. Der privatisierte Betrieb muss konkurrenzfähig sein. Die öffentliche Hand, welche einen Betrieb privatisiert, steht hier auch in der Pflicht der ArbeitnehmerInnen.
3. Der Betrieb muss in der Lage sein, mindestens das bisherige Lohnniveau zu garantieren.
4. Es dürfen nicht nur die Rosinen verteilt werden. In diesem Sinn unterstütze ich die Idee der Schweizerischen Energie-Stiftung, welche die lukrative Lizenz für den Betrieb des Schweizer Hochspannungs-Netzes an die Verpflichtung knüpfen will, die Atom-müll-Entsorgung zu finanzieren.
5. Die Stromqualität muss stimmen. Strom ist nicht gleich Strom. Der Anteil erneuerbarer Energien muss wachsen; der Ausstieg aus der Atomenergie darf durch Privatisierung nicht behindert werden.
6. Der Verkaufspreis des privatisierten Unternehmens muss stimmen. Dort wo es um den Verkauf von Volksvermögen geht, hat Machtpolitik nichts verloren.

feiern heuer just ihr 100-jähriges Bestehen.

Ökologisch und sozial

Die Energiepolitik muss sich auf die Privatisierung einstellen und auf deren Rahmenbedingungen Einfluss nehmen. Ohne Anpassung der Energiepolitik darf es keine Privatisierung geben. Die Energiepolitik hat den Rahmen so zu setzen, dass die betriebswirtschaftlichen Interessen der privatisierten Elektrizitätswirtschaft mit den volkswirtschaftlichen Interessen einer nachhaltigen Versorgung und Nutzung übereinstimmen.

Eine nachhaltige Energiewirtschaft ist nicht bloss wirtschaftlich, sondern eben auch ökologisch und sozial:

- **Ökologisch heisst:** Ein Ökobonus, wie wir ihn bei den IWB haben, muss auch in Zukunft möglich bleiben. Der Anreiz zum Energiesparen kann beispielsweise von einer ökologischen Steuerreform, von Lenkungsabgaben oder generell von der Internalisierung externer Kosten ausgehen.
- **Wirtschaftlich heisst:** Speziell kleine und mittlere Betriebe dürfen nicht benachteiligt werden gegenüber den grossen Konzernen. Die Politik könnte zum Beispiel vorschreiben, dass die Strompreis-Differenz zwischen dem grössten und dem kleinsten Bezüger eine bestimmte Spanne nicht übersteigen darf.
- **Sozial bedeutet:** Private Haushalte dürfen nicht benachteiligt werden. Schon heute zahlen Grosskunden in der Schweiz etwa ein Drittel weniger für ihren Strom.

Privatisierung bedeutet nicht, dass sich die Politik aus dem Staub machen kann. Im Gegenteil, unsere Verantwortung wächst, und die Arbeit ist eher noch intensiver und komplizierter als bisher.

Das Ziel ist klar: Energieeinsparung soll den Vorrang haben vor der Erzeugung und die saubere Erzeugung Vorrang gegenüber nicht erneuerbaren Energien. Privatisierung ist eine gute Sache, unter einer Bedingung: Wir brauchen - um ein aktuelles, geflügeltes Wort zu verwenden - flankierende Massnahmen der Energiepolitik. In diesem Sinn brauchen wir tatsächlich «Strom für das ganze Leben» oder noch etwas präziser ausgedrückt: Einen Umgang mit Strom, der alles Lebendige schont und schützt. □